Amts- und Anzeigeblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

Abonnement viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

№ 10. Donnerstag, den 22. Januar **1903.**

Oeffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums

Freitag, den 23. Januar 1903, Abends 8 Uhr
im Sitzungssaale des Rathauses.

Eibenstock, am 21. Januar 1903.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
G. Diersch.

Tagesordnung:

1) Begutachtung einiger Abänderungen der Feuerlöschordnung.
2) Begutachtung einer Ratsvorlage, betreffend die Versicherung der städtischen Kassen gegen Einbruchsdiebstahl.
3) Kenntnisnahme
   a. vom Stande der Eisenbahnsache;
   b. von der Gewährung von Staatsbeihilfen
      aa. zur Unterhaltung des Nonnenhausweges,
      bb. zur Verzinsung des Industrieschulbaukapitals,
      cc. zur Unterhaltung der Abendschule,
      dd. " " und Erweiterung der Volksbibliothek.
4) Ratsvorlage, die Aufstellung einer Gehaltsstaffel für die Ratsbeamten betr.
5) Desgleichen, den Erlaß einer Gehaltsstaffel für die Nadelarbeitslehrerin betr.
6) Beschlußfassung in Sachen, die Ausleihung von Sparkassengeldern zum Bau von Arbeiterwohnhäusern.
7) Kostenverwilligung zur Beschaffung von Freibankgeräten.
8) Kenntnisnahme vom Uebergang der Gasanstalt in städtisches Eigentum.
9) Feststellung des Haushaltplanes der Gasanstalt für das Jahr 1903.
10) Aufnahme von Anleihen für die Gasanstalt und für städtische Straßenbauten.
11) Ergänzung der gemischten ständigen Ausschüsse hinsichtlich des Gasausschusses.
12) Beschlußfassung wegen Arealankaufs zum Gasanstaltsgrundstück.
13) " " Ankaufs des Reichsner'schen Platzes am Graben.
14) Vortrag der geprüften Sparkassenrechnung vom Jahre 1901.
15) Beschaffung weiterer Räumlichkeiten für die Ratsexpeditionen.
16) Beschlußfassung über die event. Verwendung des Aktivvermögens der Kochschule.

Hierauf geheime Sitzung.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts ist auf Blatt 105 des Stadtbezirks (Firma: **Diersch & Schmidt** betr.) eingetragen worden:

17. Januar 1903. Die Zweigniederlassung in Annaberg ist aufgehoben worden.

2. Januar 1903. In das Handelsgeschäft sind eingetreten:
a) der Kaufmann **Friedrich Wilhelm Diersch** in **Eibenstock,**
b) der Kaufmann **Paul Gotthelf Meyer** in **Eibenstock.**
Die Gesellschaft ist am 30. Dezember 1902 errichtet worden.

2. Januar 1903. Die Prokuren der Kaufleute **Friedrich Wilhelm Diersch, Paul Gotthelf Meyer,** in **Eibenstock,** **Adolf Schlegel** in **Annaberg** sind **erloschen.**

Eibenstock, am 16. Januar 1903.

Königliches Amtsgericht. Jo.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist auf Blatt 74 des Stadtbezirks (Firma: **H. Wolf** betr.) eingetragen worden:

17. Januar 1903. Die Firma ist **erloschen.**

Eibenstock, am 19. Januar 1903.

Königliches Amtsgericht. Jo.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist auf Blatt 144 des Stadtbezirks (Firma: **Richard Schürer** in **Eibenstock** betr.) eingetragen worden:

19. Januar 1903. Die Firma ist **erloschen.**

Eibenstock, am 19. Januar 1903.

Königliches Amtsgericht. Jo.

Graf Bülow

hat am Montage sowohl im preußischen Abgeordnetenhause als auch im Reichstage, hier als Reichskanzler, dort als Ministerpräsident, in bedeutsamen Reden den Etatsdebatten das Gepräge aufgedrückt. Was Graf Bülow im Abgeordnetenhause über seine Ostmarken-Politik ausführte, ist des Beifalls aller national gesinnten Deutschen sicher. Die Staatsregierung wird auf dem als richtig erkannten Wege zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen unbeirrt, mit zäher Energie, ohne Schwäche und Schwanken fortschreiten, damit die beiden Provinzen immer inniger mit der Monarchie verwachsen und damit sie für alle Zeiten preußisch und gut deutsch bleiben. Daß eine solche Aufgabe nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, liegt auf der Hand. Graf Bülow meinte, daß dazu Jahre, vielleicht Jahrzehnte erforderlich seien. Umso mehr wird man es zu schätzen wissen, daß er in der kurzen Zeit, wo er als Ministerpräsident die innere Politik der Monarchie leitet, auf diesem schwierigen Gebiete Erfolge errungen hat, wie keiner seiner Amtsvorgänger in den letzten 10 Jahren.

Mit scharfem Blick hat Graf Bülow erkannt, daß die Ostmarken-Frage eine der wichtigsten, ja die wichtigste Frage der innern preußischen Politik ist, und demgemäß hat er gehandelt. Auf seine Initiative ist es zurückzuführen, daß im letzten Jahre eine viertel Milliarde für deutsch-nationale Zwecke in Westpreußen und Posen bereitgestellt wurden. Ihm ist es zu danken, daß auf den verschiedensten Gebieten: zur Hebung der Städte, des Verkehrs, für Kunst und Wissenschaft sowie andere Kulturaufgaben durchgreifende, praktische Maßregeln getroffen worden sind, die deutsche Sitte und Art wesentlich gefördert haben. Was Graf Bülow von neuen Plänen ankündigte, die Errichtung einer besondern Ansiedlungskommission für jede der beiden Provinzen, der Bau eines Königlichen Residenzschlosses in Posen, die Erweiterung des Kleinbahnnetzes, die Pflege des Schulwesens, die Zulage an die Beamten als Ausgleich für ihre Tätigkeit unter schwierigen politischen Verhältnissen ꝛc., hält sich ebenfalls durchaus in dem Rahmen seines deutsch-nationalen Programms. Parteien und Konfessionen spielen dabei keine Rolle, so daß alle Deutschen, ohne Unterschied der politischen Richtung und des Glaubens, unserm leitenden Staatsmanne ihr volles Vertrauen schenken können.

Auch im Reichstage fand Graf Bülow lebhaften Beifall für die freimütige und energische Art, mit der er sich über die im vorigen Sommer zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten von Bayern gewechselten Depeschen äußerte. Der Zentrums-Abgeordnete Schädler hatte aus dem durchaus unpolitischen, rein privaten Telegramm, worin der Kaiser die von der Zentrums-Mehrheit des bayerischen Landtags abgelehnten hunderttausend Mark für Kunstzwecke dem Prinz-Regenten aus der kaiserlichen Privatschatulle anbot, eine Haupt- und Staats-Aktion gemacht. Er klagte über den „Imperialismus" und die angeblichen Versuche, Bayerns Parlamentswillen und Selbständigkeit zu schädigen; die „bayerische Volksseele" sei tief erregt worden u. s. w. Graf Bülow wies sofort klar und überzeugend nach, daß alle Folgerungen des Abgeordneten Schädler falsch sind.

In der Tat kann die Behauptung, der Depeschenwechsel habe eine Verstimmung zwischen Bayern und Preußen erregt, schon deshalb nicht aufrecht erhalten werden, weil sich der Prinz-Regent von Bayern einige Wochen später durch den Mund seines Sohnes, des Prinzen Ludwig, beim Kaiser noch einmal besonders für die in dem Swinemünder Telegramm ausgesprochene Gesinnung hat bedanken lassen. Jedenfalls wird man mit dem Reichskanzler die Art und Weise bedauern, wie der Abgeordnete Schädler die Angelegenheit vorgebracht hat, vor allem im Hinblick auf das Ausland. Bei unsern vielen Feinden wird durch derartige Reden leicht der Eindruck erzeugt, als ob das Reich aus den Fugen zu gehen drohe. Die Kaiseridee aber repräsentiert, wie Graf Bülow unter lebhaftem Beifall des Hauses feststellte, mit den teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes unsere Weltstellung und unsere Zukunft, und niemand soll im Zweifel sein über den festen Entschluß unsers Volkes, an der Kaiseridee nicht rütteln zu lassen, sie vor jeder Antastung zu bewahren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hat dem Könige von Griechenland den bevorstehenden Besuch des deutschen Kronprinzen in Athen ansagen lassen.

— Im Reichstage besteht bei den Hauptparteien wenig Neigung, für die Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung in St. Louis 1904 die verlangten 2½ bis 3 Millionen zu bewilligen. Der Abgeordnete Dr. Schädler sprach sich namens des Zentrums dagegen aus; namens der Konservativen bemängelte Graf zu Stolberg die Forderung sehr energisch. Beide Redner verwiesen auf die schlechte Finanzlage des Reiches und die Notwendigkeit, die Zuschußanleihe von 95 Millionen wenn nicht verschwinden zu machen, so doch sehr stark herabzudrücken. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auch noch weitere Parteien diesem Beispiele folgen werden, und da auch die deutsche Industrie sich für die Ausstellung nicht begeistert, dürfte es der Regierung recht schwer werden, den Reichstag zur Annahme der diesjährigen Forderung von 1½ Millionen zu bewegen.

— Von der deutschen Arbeiterversicherung, welche von 1883 bis 1890 entstand, sind das Unfallversicherungsgesetz und das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vor einigen Jahren einer gründlichen Revision unterzogen worden. Es blieb die auch schon jahrelang in Vorbereitung befindliche Umänderung des Krankenversicherungsgesetzes zu erledigen. Den Hauptpunkt bildet die Beseitigung einer schwer empfindlichen Lücke, indem das Krankengeld nur für 13 Wochen gezahlt wird, und die Invalidenversicherung erst nach 26 Wochen Platz greift. Dieser Zwischenraum kann für die wirtschaftliche Existenz des Arbeiters gefährlich werden. Jetzt wird von verschiedenen Seiten bestätigt, daß dem Bundesrat eine Novelle zum Krankenkassengesetz zugegangen ist, welche die Krankenunterstützung auf 26 Wochen ausdehnt. Ferner sollen, wie verlautet, die Unterstützungsdauer nach einer Entbindung auf 6 Wochen erhöht werden und die Vorschriften fortfallen, welche die Gewährung einer Krankenunterstützung bei Geschlechtskrankheiten bisher ausschließen. Es wäre erfreulich, wenn der Reichstag diese sozialpolitische Aufgabe vor dem Ablauf seiner Legislaturperiode noch löste.

— Oesterreich-Ungarn. Wien, 18. Januar. Vorgestern tauchte hier das Gerücht auf, daß die Mobilisierung des neunten Armeekorps (Böhmen) im Zuge wäre. Diese Nachricht wurde von Prag aus mit dem Bedeuten dementiert, daß von einer offenbar mit der Sache nicht vertrauten Person die alljährlich erfolgende Revision des Mobilisierungsplanes irrtümlich für eine Mobilisierungsordre gehalten worden sei. Nun tauchte dieselbe Nachricht auch bezüglich des elften und vierzehnten Armeekorps auf und mit dem gleichzeitigen Hinweise darauf, daß in dem Grazer Korpsbereiche bereits zahlreiche Ersatzreservisten einberufen und auch an die Eisenbahnen eingehende Instruktionen erlassen worden seien, die sonst in der Regel nur vor großen Manövern erlassen würden; ebenso wärden in den Grazer Mühlen außergewöhnliche Mengen fiskalischen Mehls gemahlen. An den hiesigen kompetenten Stellen werden auch diese Mitteilungen auf eine mißverständliche Auffassung von alljährlich wiederkehrenden, nicht ungewöhnlichen Maßregeln der Kriegsverwaltung zurückgeführt.

— Rußland. Der Besuch des deutschen Kronprinzen am russischen Hofe nimmt einen Verlauf, der alle die, welche den Nutzen guter Beziehungen Deutschlands zum östlichen Nachbarreiche zu würdigen wissen, mit Befriedigung erfüllen muß. Bemerkenswert ist, neben den herzlichen Kundgebungen am Hofe selbst, die freundliche Sprache der russischen Presse. Unser Kaiser hat durch den Kronprinzen dem Zaren zwei große Schiffsmodelle als Geschenk übermitteln lassen. Am Sonntage wohnte der Kronprinz in Petersburg dem Feste der Wasserweihe bei und reiste in der Nacht nach Nowgorod, um dort das Infanterie-Regiment Wyborg, dessen Chef der deutsche Kaiser ist, zu besichtigen.

— Marokko. Die über die Vorgänge in Marokko einlaufenden Nachrichten widersprechen sich noch immer. In einer Depesche aus Tanger vom 19. ds. hieß es, daß die Truppen des Sultans den Anhängern des Prätendenten in der Nachbarschaft des Hyaina-Stammes eine schwere Niederlage beigebracht hätten. Dagegen besagt ein späteres Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Tanger: Die Bedeutung des letzten Zusammenstoßes bei Fez wird übertrieben. Tatsache ist, daß die Köpfe von sechs getöteten Feinden im Triumph nach Fez gebracht und dort öffentlich ausgestellt und zwei an Pferde gebundene Gefangene durch die Straßen geschleift worden sind. Die Truppen des Sultans haben am 15. Januar mehrere den West-Hyainas gehörige Dörfer geplündert und zerstört, eine Anzahl Rinder geraubt und eine Reihe von Gefangenen gemacht, wahrscheinlich aus der Zahl der Nichtkämpfer. Das Heer des Sultans operiert gegen einen Teil der West-Hyainas; es ist in das eigentliche Gebiet des Prätendenten noch nicht vorgedrungen und mit dessen Truppen noch nicht zusammengestoßen; die Truppe des Sultans geht sehr langsam vor und ist noch nicht 30 Meilen über Fez hinausgekommen. In der Nacht zum 15. d. hat eine Anzahl übelberüchtigter Personen in Fez auf der Straße den englischen Vizekonsul mit Steinen beworfen. Die Uebeltäter sind sofort verhaftet und bestraft worden. Der Zwischenfall ist bedeutungslos.

— Venezuela. Ein Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Caracas vom 18. d. Mts. besagt: „Am Sonnabend mittag versuchte das deutsche Kriegsschiff „Panther" die Einfahrt in die Lagune von Maracaibo zu erzwingen und eröffnete das Feuer auf das den Einfahrtskanal deckende Fort San Carlos. Das Fort erwiderte das Feuer und nötigte den „Panther" nach einstündigem Gefecht, seine Absicht aufzugeben. Der Kommandant des Forts berichtet, daß letzteres keine Beschädigungen erlitten habe. Bei dem Eingang der Meldung fand hier eine Kundgebung der Bevölkerung statt." Dazu gibt das